

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Städtisch und Anzeiger)

Redaktion:  
Postfach Nr. 22,  
Riesa.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Kreisverwaltung, des Stadtrates und der Kommissionen des Reichstages, des Stadtrates der Stadt Riesa, des Stadtrates der Stadt Riesa, des Stadtrates der Stadt Riesa und des Hauptkommissars Riesa beauftragte Blatt.

Postfach:  
Dresden 1892,  
Riesa Nr. 22.

Nr. 87.

Sonntag, 13. Februar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postweg 2,14 einl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und tabellarischer Satz 50%, Zuschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Druckbedingungen: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeiträge „Grübler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Druckarten-Verfahren und Verlag: Ranges & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Vor der Klärung der Reichspräsidenten-Kandidatur. Das Frauenwahlrecht in Frankreich beschlossen.

Berlin. Die Besprechungen über die Reichspräsidentenwahl sind auch gestern in den verschiedenen politischen Gremien und Gruppen weitergegangen, ohne daß bis zum Abend eine Erklärung erfolgt wäre. Es ist möglich, daß die Dinge heute mehr vorwärts kommen. Jedenfalls ist für heute eine Konferenz der Harzburger Front angesetzt, und außerdem werden die Bundesführer des Stahlhelms heute voraussichtlich erneut vom Reichspräsidenten empfangen werden.

Aus Kreisen der Harzburger Front wird bekundet, daß die Möglichkeit einer Einheitskandidatur schon als erledigt gelten könne. Allerdings werden aber auch noch die äußersten Skeptiker im Stahlhelm dürfte die Auffassung noch keineswegs ganz einheitlich sein; zumindest ist ein großer Teil der Stahlhelmsführer, darunter auch Seidie und Dählerberg, für eine Kandidatur des Ehrenmitgliedes des Stahlhelms. Vielleicht kommt die Bundesführung nach den heutigen Besprechungen zu einer Klärung ihrer Haltung.

Im Augenblick liegt der Schwerpunkt aber wohl beim Aufhängerbund. Sobald der Aufhängerbund mit seinem Aufruf herauskommt, wird nach Auffassung gutunterrichteter Kreise für den Reichspräsidenten der Augenblick gekommen sein, seiner Wiederaufstellung zuzustimmen. Es verhält sich der Einheitskandidat, daß eine Fortdauer der bisherigen Unklarheit unerlässlich wird. Wir möchten deshalb glauben, daß, wenn die Entscheidung auch am heutigen Sonntag noch nicht fällt, auf eine Klärung nach der einen oder anderen Seite hin gedrängt werden wird, so daß die Kandidatur Hindenburgs spätestens am Montag klar herausgestellt sein wird.

Heute Sonntag trat übrigens auch die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei zusammen. Sie wird ebenfalls zu der Reichspräsidentenwahl Stellung nehmen. Nach den öffentlichen Erklärungen, die der Führer der Deutschen Volkspartei hierzu bereits abgegeben hat, ist unbekannt, was der politische Standpunkt der Deutschen Volkspartei gegenüber der Regierung Brünning mit einer einseitigen Meinung für den Reichspräsidenten v. Hindenburg zu rechnen. Überhaupt unterrichtet man in politischen Kreisen, daß sich aus dem unüberprüflichen Hin und Her der letzten Tage doch bezüglich der Verbreiterung der Hindenburg-Front heraushebt. In diesem Zusammenhang wird auch auf den Appell des Generalobersten Graf Bothmer hingewiesen, der im Namen der bayerischen Offiziere, die am Weltkrieg teilgenommen haben, den Generalfeldmarschall v. Hindenburg gebeten hat, die Kandidatur anzunehmen. Im ganzen gesehen scheint es jedenfalls augenblicklich, daß die Klärung der Situation nun in den aller nächsten Tagen zu erwarten ist.

derer aufzutreten, die mit seiner Auffassung in Wahrheit nicht einverstanden sind, sondern eine Regierung erhalten wollen, von der der „Vorwärts“ gesagt hat, sie sei das stärkste Bollwerk gegen den Nationalismus. Sollte trotzdem dieses nationale Unglück geschehen, sollte der Reichspräsident also wieder alles erwarten sich bereit finden lassen, als Kandidat der Vorkämpfer aufzutreten, und sich mit dem System von heute zu identifizieren, so würden wir selbstverständlich seine Wahl nicht fördern, sondern auf das allerhöchste bekämpfen. Wir würden das tun aus Ehrfurcht vor dem Namen des Generalfeldmarschalls und aus Achtung vor uns selbst. Wir können und wollen uns nicht selbst verneinen. Unser Kampf gilt dem System von heute und jedem, der sich mit ihm identifiziert, gleichgültig, welchen Namen er trägt.

Was nun die Frage einer nationalen Kandidatur angeht, so kann natürlich Endgültiges nicht gesagt werden, bevor man nicht weiß, wie der Reichspräsident sich entscheidet. Ganz sicher ist eines: daß bei einem endgültigen Wahlsieg das gesamte nationale Deutschland als absolute geschlossene Einheit in den Kampf ziehen würde, und daß damit der Sieg des dann gemeinsamen nationalen Kandidaten unter allen Umständen sicher sein würde.

### Die christlichen Gewerkschaften für Hindenburg.

Berlin. Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hat an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet:

„Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands bittet den Herrn Reichspräsidenten im Namen der deutschen christlich-nationalen Arbeiterschaft, dem Wunsch des Volkes nachzugehen und nachmals das verantwortungsvolle Amt des Reichspräsidenten des Reiches an sich zu nehmen, um das deutsche Volk zur inneren Befriedung und nationalen Freiheit zu führen.“

### Nationalsozialistische Rundgebung für Hitler als Reichspräsidentenkandidat.

Berlin. In den Tennis-Hallen in Wilmersdorf, dem zweitgrößten Saal Berlins, der überfüllt war, fand am Freitagabend eine Rundgebung der Nationalsozialisten für Adolf Hitler statt.

Der Reichstagsabg. Goering polemisierte in seiner Rede gegen Sozialdemokratie und Marxismus und gegen die jetzige Reichsregierung.

Zum Schluß seiner Rede forderte Goering alle Anwesenden auf, am 13. März, dem Tage der Reichspräsidentenwahl, ihre Stimme Adolf Hitler zu geben, da man mit den Parteien, die ein den Generalfeldmarschall von Hindenburg

geschwächt hätten, ihn heute aber auf den Schild heben, keinen gemeinsamen Weg geben könne.

Die Rundgebung ist ohne Zwischenfall verlaufen.

### „Der selbständige Weg des Stahlhelms.“

Berlin. Der Stahlhelmpressechef schreibt in seiner letzten Nummer unter der Überschrift „Der selbständige Weg des Stahlhelms“, die maßgebenden Stellen hätten bisher auch die vom Stahlhelm geteilte Auffassung vertreten, daß die Wiederwahl Hindenburgs kein eigentlicher Wahlsieg in demokratischem Sinne sein sollte, sondern eine Klärung, die den eigentlichen Wahlkampf überflüssig mache. Von dieser Auffassung, die der persönlichen Würde des Reichspräsidenten entspreche, sei man offenbar jetzt abgegangen, denn es müßte als das Ergebnis der informatorischen Besprechungen zwischen dem Reichspräsidenten und den Stahlhelmbundesführern festgehalten werden, daß der Reichspräsident seine Kandidatur für die kommende Wahl aufrecht erhalte, auch wenn diese Wahl zu einem scharfen Kampf der Parteien werden sollte. Wir bedauern diese Sinnesänderung vor allem im Interesse des Reichspräsidenten selbst. Der Stahlhelm kann sich aber dadurch nicht von seiner gradlinigen Politik abhalten lassen. Es sei möglich, so heißt es dann weiter, daß der Aufhängerbund der Arbeitervereine binnen kurzem mit einem Aufruf zugunsten der Wiederwahl Hindenburgs an die Öffentlichkeit trete. Politisch habe der Aufhängerbund allein diesen Schritt zu verantworten.

### „Die Parteimachinerie steht startbereit.“

München. (Zuspruch.) Im „Völkischen Beobachter“ befaßt sich der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Göttsch in einem Leitartikel mit der Frage der Entscheidung über die in Kürze zu lösenden innenpolitischen Fragen. In dem Artikel heißt es unter anderem: Jede Stunde könne das Signal zum Anmarsch gegeben werden. Am Sonntag morgen würden in sämtlichen Gauen die Ortsgruppenführer und Amtverwalter zusammenzutreten, um aus dem Munde des Gauleiters die letzten Instruktionen für den Kampf entgegen zu nehmen. Am Sonntagabend werde die Parteimachinerie startbereit dastehen und nur darauf warten, daß einer auf den Knopf drücke, um sie in aller Vehemenz in Bewegung zu setzen. Jeder Parteigenosse habe nun endlich die erlebte Gelegenheit, mit allen Kräften des deutschen Volkes und allen Verfolgern seiner Bewegung eine durchaus legale, aber vernichtende Abrechnung zu halten, wie sie in diesem Ausmaß die deutsche Geschichte noch nicht verzeichnet hat.

### Oberfinanzrat Dr. Bang zur Reichspräsidentenwahl

Dippoldiswalde. Der Bezirksverband Dresden der Deutschen Nationalen Volkspartei veranstaltete am Freitagabend in Dippoldiswalde eine öffentliche Versammlung, zu der aus der näheren und weiteren Umgebung die Mitglieder der Partei, die politisch interessierten Kreise erschienen waren. Baumeister Hinkelmann, der Vorsitzende der Ortsgruppe Dippoldiswalde, eröffnete die Sitzung und begrüßte vor allem den Reichstagsabgeordneten Oberfinanzrat Dr. Bang, der für den Abend als Redner gewonnen war. Dr. Bang führte folgendes aus:

„Es ist für den historischen Namen des Generalfeldmarschalls im höchsten Maße bedauerlich, daß dieselben Kreise, die ihn bei seiner Wahl so schwer beschimpft haben, heute seine Kandidatur betreiben. Es ist für uns selbstverständlich unmöglich, Arm in Arm mit Woffe und Ullstein, Arm in Arm mit Weimling und Heilmann und Genossen an der Wahlurne zu erscheinen. Sieben Jahre lang ist der große Name des Feldmarschalls von den Vertretern des heutigen Systems benutzt worden, um über Locarno, Völkerbund und Youngplan eine Politik zu ermöglichen, an der Deutschland zugrundegehen muß. Sieben Jahre lang hat man mit dem historischen Namen des von uns, nicht von der Gegenseite gewählten Feldmarschalls eine Politik getrieben, die alle nationalen Kräfte gefesselt hat, eine Politik, die der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft und dem Mittelstand, das Genick gebrochen hat. Vor allem hat das Kabinett Brünning nur und ganz allein unter dem Schutzschild dieses Namens wirken können. Auch die zum Teil mit dem Mißbrauch verfassungswidriger Mittel betriebene Anebelung des nationalen Freiheitswillens während der letzten 3½ Jahre ist unter dem Schutze dieses Namens vor sich gegangen. Wir sind nicht gewillt, die Fortsetzung dieser Politik unter diesem Namen weiter hinzunehmen. Wir nehmen als selbstverständlich an, daß der Reichspräsident es ablehnt, sich von denen als Kandidat anstellen zu lassen, die ihn einst so schwer beschimpft haben und die ihn heute lediglich deshalb auf den Schild erheben, weil sie glauben, unter seinem Namen weiterhin ihre politischen Geschäfte betreiben zu können. Wir glauben nicht, daß der Reichspräsident bereit sein könnte, als Kandidat

## Reichsetat für 1932 vor dem Abschluß.

Berlin. Wie das Nachrichtenbüro des Edd. erzählt, gehen die Vorbereitungen für den Reichsetat des Rechnungsjahres 1932, die seit einiger Zeit in den Reichsressort mit Nachdruck betrieben werden, vor dem Abschluß, so daß sich das Kabinett schon bald abschließend mit dem neuen Etat beschäftigen kann. Die Reichsregierung legt auch in diesem Jahre Wert darauf, daß der Haushaltsplan auf ordnungsmäßigem parlamentarischen Wege verabschiedet wird. Der Etat soll schon Anfang März dem Reichstag vorgelegt werden, der den ganzen März für seine Arbeiten zur Verfügung hätte, so daß Anfang April der Etat an den Reichstag gelangen könnte. Mit Rücksicht auf den Ablauf des Hooverjahres war das Etatsjahr 1931 durch Rotverordnungen bis zum 30. Juni 1932 verlängert worden. Eine weitere Verlängerung wird trotz der noch immer ungeklärten Reparationsfrage von der Reichsregierung nicht erwogen. Da der neue Etat erst zum 1. Juli fertig gestellt sein muß, steht für seine parlamentarische Erledigung ein ausreichender Zeitraum von drei Monaten zur Verfügung. Es ist unter diesen Umständen mit einer umfangreichen Frühjahrsberatung des Reichstages zu rechnen, die sich bis in den Sommer hinein erstrecken wird. Der neue Etat umfaßt das ganze Rechnungsjahr vom 1. April 1932 bis zum 31. März 1933, also auch die drei Monate des neuen Rechnungsjahres, die formell durch Rotverordnung bereits vorausbewilligt waren.

In materieller Hinsicht läßt sich zur Zeit über den neuen Haushaltsplan noch nichts sagen. Völlig neu ist nur, daß unter dem Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse die Ausgaben weiter herabgedrückt werden und daß die Abschlußzahlen noch erheblich unter denen des berichteten Haushalts für 1931 liegen werden, der durch Abkürzungen und Rotverordnungen zuletzt einschließlich der Ueberweisungen an Länder und Gemeinden mit 9,3 Milliarden Mark ausgeglichen worden ist.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Gerüchte erwähnt werden, die in den letzten Tagen im Umlauf sind, wonach das Reich infolge des Rückgangs der Steuereinnahmen vor neuen Finanzschwierigkeiten stehe. Das infolge der Wirtschaftslage die Steuereinnahmen dauernd weiter zurückgehen, versteht sich von selbst und bedarf keiner weiteren Erklärungen. Wie dem Nachrichtenbüro auf Anfrage versichert wird, handelt es sich hierbei um keine außerordentlichen Vorgänge, die besondere Maßnahmen zur Folge haben müßten. In ersten Besorquissen besteht jedenfalls zur Zeit und überhaupt für den Rest des Etatsjahres 1931 im Reich kein Mangel.

### Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei

trat heute Sonntagvormittag im Reichstag zu einer Sitzung zusammen. Der Vorsitzende Dingeldey begrüßte zunächst den nach seiner schweren Erkrankung zum ersten Male wieder an einer Fraktionsitzung teilnehmenden Abg. Weichardt Dr. Kahl. Begrüßungstelegramme wurden gesandt an die schwer darniederliegenden Abg. Dr. Scholz und Ebel. Der Abg. Dr. Schnee hat sich entschuldigen

lassen, da er im Auftrage des Völkerbundes auf der Reise über Amerika zum waldschirischen Kriegsgebiet ist, wo er sich wahrscheinlich bis zum Sommer wird aufhalten müssen. Die Vertretung der Fraktion im auswärtigen Ausschuss wird an Stelle von Dr. Schnee der Abg. Dingeldey übernehmen.

Die Fraktion nahm zunächst einen ausführlichen Bericht des Parteiführers Dingeldey über die politische Lage, insbesondere über die bevorstehende Präsidentenwahl entgegen.